

Alte Kameraden

Ein vernichtendes Urteil über die DDR-Spionage des frühen Bundesnachrichtendienstes

Wenn es nicht Ergebnis einer gediegenen Analyse des Historikers Ronny Heidenreich wäre, würde man seine Quintessenz im „Neuen Deutschland“ verorten: „Die DDR-Spionage blieb in der Amtszeit Reinhard Gehlens weitgehend dysfunktional und defizitär.“ Sie habe sich in den Jahren von 1949 an bis 1968 in einer „desolaten Verfassung“ befunden. Bis zum Jahre 1953 sei es dem Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes (BND) zwar gelungen, ein mehrere hundert V-Personen umfassendes und wahrscheinlich flächendeckendes Netz für die Beobachtung der sowjetischen Truppen aufzubauen – von in der Summe etwa 1000 V-Personen in der DDR. Aber: Das reichte zwar für einfache Beobachtungsoperationen, nicht jedoch für Quellen in Spitzenpositionen von Wirtschaft und Verwaltung oder des Militär- und Sicherheitsapparates.

Mehr noch: „In dieser Frühphase wurden die eigenen Mitarbeiter regelrecht verheizt“, konstatiert Heidenreich. Dabei stand der BND-Vorläufer in direkter Konkurrenz zum Bundesamt für Verfassungsschutz sowie dem Berliner Landesamt für Verfassungsschutz, die jeweils eigene DDR-Spionage betrieben. Durchaus erfolgreicher als der BND: Das Berliner Landesamt erhielt beispielsweise durch eine Innenquelle beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bereits ab Juli 1953 zeitnah Vernehmungprotokolle – sowie auch zuletzt aus dem MfS-Auslandsnachrichtendienst Hauptverwaltung A Quellenmeldungen, die das inoffizielle Netz in der Bundesrepublik empfindlich berührten. Deren Quelle etwa im BND, Alfred Spuhler, wurde durch das Berliner Landesamt enttarnt; operative Leistungen in der DDR-Spionage, an die der BND zu keiner Zeit hat anknüpfen können. Das konstatiert auch Heidenreich: „Abweichend von einer in der Forschung teilweise vertretenen Meinung, welche die Fähigkeit der westlichen Dienste, sich Zugänge in die Entscheidungszirkel des Ostblocks zu verschaffen, als sehr gering einschätzt“ – was

die geringe operative Ausbeute des BND als Normalfall erklären könnte –, „liefern die BND-Akten reichlich Hinweise, dass die amerikanischen Dienste, aber auch der Verfassungsschutz über Quellen und Methoden der Informationsverarbeitung sowie über das analytische Potential verfügten, um an belastbare Informationen aus dem SED-Parteiparagrafen zu gelangen.“

Die Verhaftungswellen von V-Personen des BND in der DDR in den Jahren 1953 und 1955, die damit verbundenen Schauprozesse, schreckten nicht wenige potentiell Interessierte ab, für den Nachrichtendienst in Pullach zu arbeiten. Bis zum Mauerbau schmolz die Anzahl von V-Personen des BND auf 250, bis zum Jahre 1968 war sie auf „weniger als 20 gesunken“. Heidenreich macht für diese „Lähmung“ operativer Arbeit vor allem die „alten Kameraden“ verantwortlich, die von einem angenommenen Nimbus zehrten und erkannte Sicherheitsmängel nicht beirren wollten, sowie die Qualitäten der Spionageabwehr des MfS. Die Enttarnung des Leiters der BND-Spionageabwehr, Heinz Felfe, als KGB-Maulwurf im November 1961 unterstreicht das.

Mithin gibt es nun durch die Analyse Heidenreichs einen Mythos weniger: Seit Oktober 2016 legt die Unabhängige Kommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes einen Band nach dem anderen vor. Mit Heidenreich also den elften Band, den er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kommission in den Jahren bis 2017 erstellt hat.

Das Erfreuliche an dieser Analyse – teils im Unterschied zu anderen Arbeiten

der Unabhängigen Kommission – ist die Nutzung eines breiten Quellenfundus – der amerikanischen wie britische Akten ebenso einbezieht wie einen entspannteren Umgang mit anderen Historikern pflegt wie etwa zu Erich Schmidt-Eenboom, dem Heidenreich „kenntnisreiche Arbeiten“ zuschreibt, die ihm wichtige Anknüpfungspunkte geboten hätten. Was gefällt, ist überdies das harmonische Ineinandergleiten von Mikroebene – teils recht umfassend – und Makroebene.

Im Sommer 1961 stand mit Blick auf die „Republikflucht“ aus der DDR allein die Frage im Raum, wann es zu einer Grenzschließung kommen würde. Eine Äußerung des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, im März 1961 beflügelte das, was sicherlich Anfang August 1961 – nach längeren Vorbereitungen – mit sowjetischem Segen beschlossen wurde. Heidenreich klopft die Aktenlage ab und registriert für den BND über den möglichen Zeitpunkt eine glatte Fehlbewertung.

Auf Basis von Angaben einer vermutlich vorsätzlich falsch informierenden, vom KGB gesteuerten Quelle ging die BND-Auswertung von einer Entspannung der Situation aus, erwartete direkte Verhandlungen, wie es im BND-„Wochenbericht“ denn auch hieß; die SED habe sich diesem sowjetischen Willen zu unterwerfen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz gelangte auf Basis seiner Quellenauswertungen zu einem anderen Schluss, wonach es der SED gegenwärtig nur darauf ankomme, „den Zugang nach West-Berlin zu versperren“. Der bisher gültigen Bewertung der Historiker Armin Wagner oder Klaus Wiegrefe, die auf eine Quellenmeldung vom 11. August 1961 abstellen, nach der mit einer baldigen Grenzschließung zu rechnen sei, beruhe nach Heidenreich auf einer „falschen Interpretation des Dokuments“. Das könnte Stoff für einen veritablen Deutungsstreit werden.

Unbeschadet davon gab es tatsächlich präzise Informationen zum Mauerbau: Nicht der BND, sondern das Ostbüro der

SPD verfügte in Gestalt seiner Quelle V-610 über einen Potsdamer Arzt, der in einem Krisenstab in unmittelbare Vorbereitungen zum Mauerbau eingebunden war. Er informierte am 5. August 1961: Ulbricht habe sich „mit Plänen bei Chruschtschow durchsetzen“ können und sei mit seiner „Forderung bezüglich einer Abriegelung der Sektorengrenze in West-Berlin auf großes Verständnis gestoßen“. Das zu einem Zeitpunkt, als der BND noch von einem strikten Nein der sowjetischen Seite ausgegangen war.

Der BND geriet mit seiner DDR-Spionage am 13. August 1961 in Erklärungsnot. In einer Lageunterrichtung in den späten Abendstunden unterstrich er, wie Heidenreich ausführt, „wie wenig der BND die mit der Grenzsicherung befassten Einheiten von Polizei und Kampfgruppen im Blick hatte“. Selbst die am Brandenburger Tor für die Berliner unüberschaubar agierenden Kampfgruppen konnte der BND „noch nicht“ bestätigen. Sieben Jahre später allerdings gestand der BND intern ein, dass „der Bau der Mauer nur eine der Möglichkeiten und insbesondere hinsichtlich des Termins nicht zu erfassen“ gewesen sei. De facto waren die militärischen Vorbereitungen in der DDR vom BND nicht erfasst worden, was durchaus als defizitär zu werten ist. Und es wird als dysfunktional anzusehen sein, durch sowjetische Desinformation auf die „falsche Spur gelockt“ worden zu sein. Nicht die Bundesregierung war auf Höhe der Lage gesetzt worden, sondern der Regierende Bürgermeister Willy Brandt. Der kannte die Information von V-610 – vor dem Mauerbau.

Ronny Heidenreich hat ein Grundlagenwerk zur DDR-Spionage des BND der Jahre bis 1961 vorgelegt, auch wenn darin einige Operationen fehlen, die sich auf die DDR bezogen, aber über andere Staaten und auch andere Struktureinheiten des BND realisiert worden sind. Das ändert jedoch nichts am Gesamtergebnis. HELMUT MÜLLER-ENBERGS



Ronny Heidenreich: Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau.
Ch. Links Verlag, Berlin
2019. 704 S., 50,- €.